

Entschließungsantrag

XXIV. GP.-NR

2048 /A(E)

05. Juli 2012

der Abgeordneten **Rainer Widmann, Kurt List**

Kolleginnen und Kollegen

betreffend **Einführung von Studiengebühren**

Die Tatsache, dass der Nationalrat am 05.07.2012 die langfristige Finanzierung des Institute of Science and Technology beschlossen hat, ist durchaus begrüßenswert, allerdings stellt sich wieder einmal bzw. noch immer die Frage, wie es mit der finanziellen Sicherheit der Universitäten aussieht? Die Wiedereinführung der Studiengebühren würde laut Minister Töchterle „bis zu einer halbe Uni-Milliarde in drei Jahren bringen“ (News, Nr.26, 28. Juni 2012).

NEWS am 28. Juni 2012: „Eine Hürde für faule Studenten“

"Von 300.000 Studierenden bringen rund 100.000 sehr wenig Studienleistung", kritisiert Karlheinz Töchterle eine mangelnde Verbindlichkeit. So würden sich allzu viele Studenten zu Prüfungen und Seminaren anmelden, ohne dann jedoch daran teilzunehmen. Und genau hier sieht der Wissenschaftsminister in "News" einen wichtigen Effekt von Zugangsregeln und Studienbeiträgen: "Wenn man zuerst eine Hürde nehmen muss, ist man motivierter."

Kritik übt der Minister auch am Widerstand der ÖH. Diese verteidigt ein Ideal, das längst völlig überholt ist und das sich der Staat auch nicht leisten kann. Womit Töchterle wieder bei den Studienbeiträgen wäre: Diese würde den Unis dringend benötigte Budgetmittel bringen: "Bis zu einer halben Uni-Milliarde in drei Jahren."

Auch andere prominente Vertreter aller Fraktionen haben sich längst für die Wiedereinführung von Studiengebühren ausgesprochen. In diesem Zusammenhang darf an folgende Aussagen erinnern erinnert werden:

„OTS0216 / 13.12.2010 / 17:05

ÖSTERREICH: Auch Burgstaller für Studiengebühren

Wien, Salzburg (OTS) - Wie die Tageszeitung ÖSTERREICH in ihrer Dienstag-Ausgabe berichtet, bröckelt die Front gegen Studiengebühren in der SPÖ gehörig. Im Gespräch mit ÖSTERREICH können sich gleich mehrere SPÖ-Landeschefs eine Abkehr vom Gratis-Studium vorstellen.

Salzburgs Landeshauptfrau Gabi Burgstaller sagt gegenüber ÖSTERREICH: "Ich bin für die Einführung von Studiengebühren, wenn es gleichzeitig ein gerechtes Stipendiensystem gibt, zum Beispiel Studien-Darlehen."

Auch der steirische Landeschef Franz Voves bekräftigt dezidiert: Sozial gestaffelte Studien-Gebühren ja, wenn gleichzeitig über fairen Nettoeinkommensvergleich der Eltern auch ein sozial treffsicheres Stipendien-System möglich ist."

Und Burgenlands SP-Landeshauptmann Hans Niessl stößt ins gleiche Horn: "Warum soll der Sohn des Generaldirektors keine Studiengebühren bezahlen?"

derStandard.at

Spindelegger: ÖVP will Studiengebühren notfalls ohne SPÖ einführen

INTERVIEW | 21. Oktober 2011 18:13

Spindelegger fordert die Universitäten dazu auf, autonom Gebühren einzuheben

ÖVP-Chef und Vizekanzler Michael Spindelegger droht der SPÖ ganz unverhohlen: Er will Studiengebühren zur Not auch gegen den Willen der SPÖ durchsetzen, erklärt er im Interview mit dem Standard. Er fordert die Universitäten auf, autonom Gebühren einzuheben. Zumindest eine Uni könnte einen Probelauf versuchen. Über die Rechtmäßigkeit solle der Verfassungsgerichtshof entscheiden. Spindelegger hält Studiengebühren auch für ein potenzielles Wahlkampfthema, dann würden die Wähler entscheiden.

OTS0134 5 II 0355 FPK0010

Mo, 22.Nov 2010

FPÖ/Graf/Bildung/Wissenschaft/Universitäten/Studiengebühren/Karl

FPÖ: Graf verlangt Bildungsreform statt Diskussion über Studiengebühren

Die FPÖ verschließe sich Studiengebühren nicht generell, wolle aber im Gegenzug auch signifikant bessere Bedingungen für die heimischen Studenten sichergestellt wissen.

UNI-BEAUFTRAGTER

Van der Bellen für Studiengebühren

28. Oktober 2011 18:28

Ex-Grünen Chef gegen Parteilinie – Mehr Geld für Unis als Bedingung

Wien - Wenn die Regierung mehr Geld für die Universitäten ausgibt, dann hält der Wiener Uni-Beauftragte und grüne Nationalrat Alexander Van der Bellen die Einführung von Studiengebühren für sinnvoll. Diese seien zwar "in finanzieller Hinsicht relativ uninteressant", man könne damit aber das Stipendiensystem ausbauen und die Studierenden mitbestimmen lassen, was mit dem Geld passiert. In dieser Frage habe er "immer ein bissl einen Clinch mit meiner eigenen Partei", sagt der frühere grüne Bundessprecher im Standard-Interview.

Der Wunsch des Wissenschaftsministers Töchterle Studiengebühren wiedereinzuführen ist allen bekannt, im Oktober gab es ein erstes positives Signal des Bundeskanzlers dazu:

APA0153 5 II 0221 XI

So, 23.Okt 2011

Universitäten/Studenten/Budget/Finanzen/SPÖ/ÖVP

Studiengebühren – Zurückhaltender Kanzler, hoffnungsvolle ÖVP

Utl.: Faymann in "Österreich"-Interview: "Kleiner Mosaikstein, über den man nicht dauernd streiten soll"

Zweimal wird Faymann gefragt, ob die SPÖ beim Nein zur Wiedereinführung der Studiengebühren bleibt - und beide Male legt sich Faymann nicht darauf fest, sondern meint nur, dass man über dieses Thema "nicht dauernd streiten" soll. „

Die Position des BZÖ zu diesem Thema wurde ebenfalls in zahlreichen Aussendungen und Interviews bereits dargelegt, wir stehen zum Leistungsgedanken und wollen diesen auch im tertiären Bereich durch die Einführung von „fairen“ und leistungsbezogenen Studiengebühren fördern.

Folgendes Modell wird vorgeschlagen:

Pro Semester werden Studiengebühren in der Höhe von Euro 500 eingehoben, Studierende die ihr Studium in der Mindeststudienzeit + 2 Toleranzsemester absolvieren bekommen am Ende ihres Studiums die Studiengebühren samt Zinsen rückerstattet!

Dieses Modell soll vom bereits präsentierten BZÖ-Uni-Bonus-Modell und von leistungsorientierten sowie sozial gestaffelten Studienbeihilfen begleitet werden.

Das wäre eine vernünftige, leistungsorientierte und innovative Lösung, die Universitäten einerseits finanziell entlasten würde und andererseits würden somit „Bummelstudenten“, jedoch nicht leistungs- und lernwillige junge Menschen von den Universitäten ferngehalten werden.

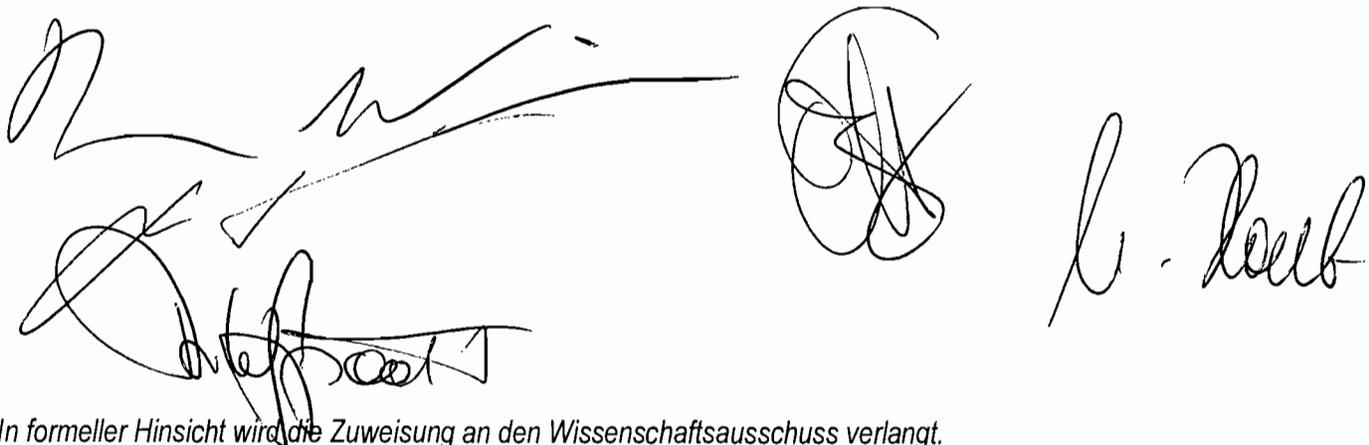
In diesem Sinne appellieren wir an den Wissenschaftsminister und an die Bundesregierung, Vernunft bei diesem Thema walten zu lassen und die vorgeschlagene Initiative und damit die österreichischen Universitäten zu unterstützen, sodass diese auch in Zukunft unseren Studierenden eine auf internationaler Ebene wettbewerbsfähige Ausbildung offerieren können!

Vor diesem Hintergrund stellen die unterzeichnenden Abgeordneten folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

„Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung und insbesondere der Bundesminister für Wissenschaft und Forschung wird ersucht, dem Nationalrat eine Novellierung des Universitätsgesetzes 2002 vorzulegen, die jedenfalls die Einführung von Studiengebühren in der Höhe von EUR 500,- pro Semester und Studierender vorsieht, aber auch eine Refundierung der Gesamtbetrages samt Zinsen vorsieht, sollte der Studierende in der Mindeststudienzeit + 2 Toleranzsemester sein Studium absolvieren. Diese Maßnahmen sollen vom bereits präsentierten BZÖ-Uni-Bonus-Modell und von leistungsorientierten sowie sozial gestaffelten Studienbeihilfen begleitet werden.“



In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Wissenschaftsausschuss verlangt.

Wien, am 05.07.2012